

01.09.2009

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Leistung anerkennen - Elternwille respektieren: Gesamtschulfeindliche Politik beenden**

**Keine Schulform verzeichnet stärkere Anmeldezahlen und keine Schulform bringt so viele SchülerInnen aus benachteiligten Familien erfolgreich zum Schulabschluss bis hin zum Abitur wie die Gesamtschule. Diese pädagogische Leistung verdient Anerkennung und Unterstützung.**

Das diesjährige Zentralabitur zeigt annähernd gleich gute Ergebnisse für Gesamtschulen und Gymnasien. Dabei führen Gesamtschulen erheblich mehr SchülerInnen zum Abitur, die schlechtere Voraussetzungen und keine Gymnasialempfehlung hatten und leisten einen größeren Beitrag zur Integration von Kindern aus Migrationsfamilien. Sie ermöglichen mehr Bildungschancen für Kinder.

Diese pädagogische und gesellschaftliche Leistung verdient Anerkennung. Immer mehr Eltern wünschen für ihre Kinder den Besuch einer Gesamtschule, weil sie deren pädagogische Arbeit vertrauen. Die Landesregierung ignoriert aus ideologischen Gründen bislang diesen Trend und verletzt den Elternwillen durch ihre Blockade von Neugründungen von Gesamtschulen.

Die gesamtschulfeindliche Politik manifestiert sich auch aus dem Verbot der Einführung von Ganztagsbetrieb an Gesamtschulen. Damit ist dies die einzige Schulform, die von einem solchen Verbot betroffen ist.

Demografische Entwicklung, Elternwille, kommunale Bedarfe und Gestaltungswille, pädagogische Erfordernisse und Erkenntnisse verlangen ebenso einen Richtungswechsel, wie die Notwendigkeit, systematisch zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu gelangen. Deshalb stellt der Landtag fest,

- dass die Ergebnisse des Zentralabiturs eine beinahe gleich gute Durchschnittsnote bei Gymnasien und Gesamtschulen zeigen. Dies ist angesichts der größeren Integrationsleistungen der Gesamtschule herausragend,

Datum des Originals: 01.09.2009/Ausgegeben: 01.09.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

- dass bis zu 70 % der Abiturientinnen und Abiturienten an Gesamtschulen entgegen ihrer Grundschulempfehlung das Abitur ablegten und anerkennt die Leistungen der Gesamtschulen bei der Entwicklung der Bildungspotenziale. Der Weg zum Abitur wird somit allen Kindern ohne Ansicht der Herkunft oder des sozioökonomischen Status der Eltern ermöglicht,
- dass jährlich tausenden Schülerinnen und Schüler ein Gesamtschulplatz verwehrt wird, da es in NRW zu wenig Gesamtschulen gibt und bedauert, dass der Elternwille so massiv ignoriert wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den gesamtschulfeindlichen Kurs abubrechen und die Gesamtschulen in ihrer Arbeit vorbehaltlos zu unterstützen,
- vor allem die diskriminierende Regelung aufzuheben, die Gesamtschule als einzige Schulform vom Ganztagsausbau auszunehmen,
- Bedarf und dem Willen von Eltern und Kommunen entsprechend, die Gründung neuer Gesamtschulen nicht weiter zu behindern, sondern zu fördern.

Sylvia Löhrmann  
Johannes Remmel  
Sigrid Beer

und Fraktion